

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auszshl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. April 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 40.

Die christlichen Gewerkschaften.

XXVI.

Der christliche Kampf gegen den Verband.

Die „Erfolge“, welche die christliche Zerpfitterungsarbeit im Laufe der Zeit bei andren Berufen erntete, stachelten die christlichen Gewerkschaftsführer auf, ihr Heil auch bei der festgefügtsten, ältesten und unabhängigigsten Gewerkschaftsorganisation zu versuchen. Der Gutenbergbund, der auf jede Gelegenheit lungernde Arbeiterverräter, wurde der Ehre gewürdigt, hier Vorgespanndienste leisten zu dürfen. Nur der unbehähmbare Wunsch, möglichst bald und gleichviel wie eine christliche Buchdruckerorganisation zustande zu bringen, hat es vermocht, daß dem vagabundierenden Gutenbergbund ein christliches Almosen verabreicht wurde. Man wußte nicht, wer er war, oder man wollte es nicht wissen. Zwar äußerte das „Zentralblatt“ (Nr. 8 von 1907) noch leise Zweifel: „Ob der Gutenbergbund . . . bei den tariflichen Kämpfen im Buchdruckgewerbe stets richtig taktierte, wollen wir ebenfalls dahingestellt sein lassen“, aber der christliche „Holzarbeiter“ (Nr. 35 von 1907) war rasch damit fertig: „Der Bund ist von jeher tariftreu gewesen“, und sprach auch von der „größer gewordenen Bedeutung des Gutenbergbundes“, die das christliche Organ jedenfalls darin erblickte, daß der Bund von 1903 bis 1907 ständig in seiner Mitgliederzahl zurückging. So gehörte denn auch die ganze sprichwörtlich gewordene christliche Annahme von M. Gladbach dazu, der geschichtlichen Organisation der deutschen Buchdruckergehilfen gegenüber zu erklären, daß man den „Gutenbergbund als legitime Organisation für die Gehilfen des Buchdruckgewerbes anerkennen“ müsse („Westdeutsche Arbeiterzeitung“ vom 6. Juli 1907). Das hinderte aber dasselbe Blatt nicht, am 24. August 1907 seine Arroganz mit folgenden Worten einzugehen: „Das Organ des Bundes kannten wir bis in die neueste Zeit hinein kaum dem Namen nach.“ Trotzdem ist der Bund aber die „legitime Organisation“ der Buchdruckergehilfen! Dabei hatte Köhler auf der Bundesgeneralversammlung in Halle a. S. 1907 (Seite 16) festgestellt: „ . . . Denn in mir stand es damals schon fest, daß unser Bund in seiner isolierten Stellung, die er bisher inne hatte, nicht weiter mehr existenzfähig sein könne.“ Man kann daraus ersehen, daß es M. Gladbach nur um den Bund zum Zwecke des Kampfs gegen den Verband zu tun war. Der Gutenbergbund ist eben weiter nichts als — was wir schon früher sagten — der christliche Hausknecht von M. Gladbach. Auf den Bund selbst näher einzugehen, erübrigt sich durch unsere Artikelserie über diese gelbe Gewerkschaft, von der Köhler (S. 19 des Protokolls) in Halle sagte, „daß das Odium einer gelben Gewerkschaft in der Mehrzahl der den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände immer noch dem Gutenbergbund anhaftete“. Und das mit Recht.

So hatte man denn seine ganzen Hoffnungen auf den Gutenbergbund gesetzt, und welchen Illusionen die Herren in M. Gladbach und Köln sich hingaben, erhellt am besten aus dem Aussprüche Stegerwalds in Halle: „Sie können es in den nächsten Jahren ganz gut auf 4—5000 Mit-

glieder bringen.“ Zwei Jahre sind seitdem vergangen, und der Bund hat inzwischen noch nicht 200 Mitglieder gewonnen. Er stagniert. Herr Stegerwald kann sich daher an seine damaligen Worte erinnern: „Wenn der Gutenbergbund auf seinem Mitgliederstande stehen bleibt, hat derselbe für die christlichen Gewerkschaften keinen Wert.“ Hieraus die Konsequenzen zu ziehen, ist also Sache der Christlichen. Was diesen aber nicht einfällt, denn gleiche Brüder, gleiche Klappen.

Statt dessen sucht man jetzt die christliche Welt gegen unsern Verband zu mobilisieren. „Die christlichen Arbeiter müssen sich rühren und den roten Demagogen des Buchdruckerverbandes die Mäste lüften“, schrieb vor zwei Jahren der christliche „Holzarbeiter“, und setzte hinzu: „Die christliche Arbeiterbewegung mit ihrer Million Anhänger wird schon Sorge dafür tragen, daß die Buchdruckprinzipale sich der Haltung des Verbandes entgegenstellen.“ Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit schrieb auch das „Zentralblatt“ (Nr. 8 von 1907):

Die christlichen Gewerkschaften mit ihren 300000 Mitgliedern, von denen allein weit über 150000 auf Rheinland und Westfalen entfallen, bilden heute schon eine Macht, über die sich selbst bedeutende Zeitungserleger und Buchdruckereien nicht mehr hinwegsetzen können.

Die Herausgeber und Drucker von Zentrumsblättern werden damit aufgefordert, die Verbandsmitglieder zu entlassen und dafür Gutenbergbündler einzustellen. Der Terrorismus, über den sonst die Christlichen nicht genug zu klagen wissen, soll in christlichen Händen virtuos gehandhabt werden. Man droht mit den 300000 christlichen Gewerkschaftlern, obwohl es uns nie eingefallen ist, mit den übrigen zwei Millionen Gewerkschaftsmitgliedern zu drohen. Jene Drohungen basieren nicht auf der wirtschaftlichen Macht, sondern auf dem Parteeinflusse der „neutralen“ Christlichen! „Für christlich gesinnnte Buchdrucker ist im Verbands kein Raum mehr!“ schreibt der „Bergknappe“, deshalb werden nicht nur die christlichen Gewerkschaften, sondern auch die konfessionellen Arbeitervereine gegen den Verband mobilisiert. Das Organ der katholischen Stellenvereine, das „Polpingsblatt“, bedauerte, daß noch so viele Gesellenvereinsmitglieder dem Verband angehören und bemerkt:

Die Mitglieder des Gesellenvereins haben keine Veranlassung mehr, dieser sozialdemokratischen Gewerkschaft anzugehören, da die christliche Organisation der Buchdrucker, der Gutenbergbund, ihnen dieselben Vorteile und Unterstüßungen gewährt wie der Buchdruckerverband. Wir wissen wohl, daß es eines entschiedenen Auftretens bedarf, um seine Überzeugung zu behaupten, und daß das gerade im Buchdruckgewerbe nicht leicht ist; aber unsere Mitglieder mögen bedenken, daß Gesellen anderer Berufe dieselben Kämpfe durchfechten müssen. Kampfloses Ergeben ist Feigheit, entschiedenes Auftreten und Verteidigung seiner Anschauung gegenüber den Gegnern stählt den Mut und führt zum Ziele!

Das ist pure Hezarbeit, die um so mehr anwidert, als sie im Namen der Religion geißelt wird. Dabei hat das „Polpingsblatt“ keinen Raum für solche Mitglieder der Gesellenvereine übrig, die sich gegen diese Heze wenden. Im großen und einheitlich wird aber die Heze gegen den Verband in den katholischen Arbeitervereinen zum

Prinzip erhoben. Am 27. September 1908 faßte der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln folgende Resolution:

Da nach neuesten Veröffentlichungen (Droschüre Regenhäuser) und den Ergebnissen der diesjährigen Generalversammlung des Buchdruckerverbandes kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, daß auch dieser Verband trotz allen Neutralitätserklärungen sich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften identifiziert, mit allen Folgerungen für seine auf christlichem Standpunkte stehenden Mitglieder, hält es der Delegiertentag für seine Pflicht, die katholischen Arbeitervereinsmitglieder vor dem Eintritt in den Verband zu warnen. Der Delegiertentag lenkt die Aufmerksamkeit der katholischen Buchdrucker auf den Gutenbergbund, die auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehende christliche Buchdruckerorganisation, hin. Mit Bestreben nimmt der Delegiertentag davon Kenntnis, daß auch in den Offizinen katholischer Verleger vereinzelt noch eine unbegreifliche Rücksicht auf den Verband genommen wird insofern, als man dessen terroristischen Akturen gegenüber Mitgliedern des Gutenbergbundes nachgibt. Er gibt sich der Erwartung hin, daß man auch in diesen Kreisen in steigendem Maße die Bestrebungen jener Buchdruckergehilfen anerkennen wird, die aus höheremogen Gründen dem Verbands fernbleiben und im Gutenbergbund ihre Vertretung erblicken.

Auch die katholischen Arbeitervereine der Diözese Paderborn und der Erzdiözese München-Freising schlossen sich dieser Resolution an, zu der das „Zentralblatt“ bemerkt: „Die Buchdruckerfrage muß nun bald für die christliche Arbeiterbewegung in ein andres Stadium eintreten. Das gebietet den christlichen Gewerkschaften ihre Selbstachtung.“ Was die Selbstachtung nach solchen blutigen Provokationen dem Verbands and gebietet, davon ist natürlich keine Rede bei den Christlichen. Wie auch sonst „gearbeitet“ wird, mag man aus der Nr. 148 des „Korr.“ von 1907 nachlesen. Danach hielt am 15. Dezember 1907 der berühmte Felber im katholischen Arbeitervereine Köln-West einen Vortrag über die Berechtigung einer christlichen Buchdruckerorganisation. Den anwesenden katholischen Verbandsmitgliedern wurde vom Präses, einem Geistlichen, versprochen, daß sie in der Diskussion zum Worte kämen. Nachdem aber Felber seine Hezereien an den Mann gebracht, wurde eine Diskussion nicht zugelassen. In dem christlichen „Ostpreussischen Sonntagsfreund“ (Nr. 13 von 1909), herausgegeben von der Berliner Stadtmission, findet sich folgende Ansage im Briefkasten: „Ist es Sünde, sich als überzeugter Christ dem sozialdemokratischen Verband anzuschließen, um sich die Arbeit zu erhalten?“ Die Antwort darauf erschöpft sich mit dem Wort im 2. Kor. 6, 14: „Zieheth nicht am fremden Joch mit den Ungläubigen.“

Das Kampffeld, welches die gesamt christlichen Gewerkschaften, die konfessionellen Arbeitervereine und die unterschiedlichste christliche Presse gegen den Verband geschaffen haben, erstreckt sich auch auf das Tarifgebiet. Die christlichen Führer glauben auch hier etwas „Großes“ schaffen zu können. Nur die gängliche Unwissenheit über die Geschichte und das Wesen unserer Tarifgemeinschaft kann die M. Gladbacher Herren dazu verführt haben, von ihren dummen Drohungen auf das Tarifamt einen Vorteil für den Gutenbergbund zu erhoffen. Doch gehen wir vorerst kurz auf die Entwicklungsgeschichte ein, welche den Bund in das Lager der christlichen Gewerkschaften geführt hat. Die atkten-

mäßigen Nachweise entnehmen wir dem „Protokolle der achten ordentlichen Generalversammlung“ des Gutenbergbundes vom 29. bis 31. März 1907 in Halle a. S. Der Oberfaktor Köhler hatte dort das Referat über „den Anschluß des Gutenbergbundes an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften“. Bereits beim Frankfurter Kongresse 1903 war der Gutenbergbund vertreten und seine Führer Feuer und Flamme für die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Ein Antrag des Vorstandes: „Anschluß an die Frankfurter Kongressorganisation“, wurde aber, was Köhler bedauerte, vom Bund abgelehnt. Lediglich eine nichtssagende Resolution wurde angenommen, die sich mit den Frankfurter Beschlüssen einverstanden erklärte, eine Mitarbeit aber ablehnte. Über diesen Beschluß der Organisation setzte sich aber der Vorstand hinweg und vollzog trotzdem den Anschluß an den Frankfurter Kongress. Hierauf nahm man „Führung mit einigen Führern des Gesamtverbandes“ und „nach einer Besprechung des Hauptvorstandes mit Herrn Behrens und einer mit Herrn Wiesberts wurden die einleitenden Schritte getan“, die nach der auf Seite 19 geschilderten Kulissen-schieberei dazu führten, daß der Vorstand den Ortsvereinen den Antrag unterbreitete, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Mit einer Ausnahme (Luzern) und einer Zweidrittelmehrheit in Berlin wurde dem Anschlusse zugestimmt. So hatte der Vorstand unter Hinwegsetzung über die Beschlüsse der Organisation den Bund an die Herren in M. Gladbach verkauft. (Berliner Mitglieder des Bundes, welche sich mit dieser Statutenverletzung des Vorstandes nicht einverstanden erklären konnten, wurden ausgeschlossen.) Dank der „Vorarbeit des Herrn Generalsekretärs Stegerwald“ kam es in Breslau (1906) zum Anschlusse des Bundes. Wie die Mitglieder des Bundes verschachtet wurden, sagt außerdem noch das Protokoll auf Seite 20:

Es wurde also in Breslau unsere Angelegenheit verhandelt, nur nicht öffentlich, sondern innerhalb des Gesamtausschusses in geheimer Sitzung. Hier wurde der Beschluß gefaßt, daß der Anschluß des Bundes, falls dieser die ihm gestellten Bedingungen erfüllt, stattfinden kann, daß derselbe aber erst zu passender Zeit, d. h. nach dem Abschlusse der Tarifberatungen, bekannt gegeben werden soll.

Nun versteht sich auch, warum unmittelbar nach dem letzten Tarifabschlusse in der christlichen Presse über den Verband hergefallen wurde, warum Stöcker 60000 Mk. für „die 3000 Braven“ forderte und mit einem Schläge die Gegner des Organisationsvertrags in bürgerlichen Kreisen aus der Erde wusch. Über das entwürdigende Verhalten der Bundesführer bei der Anschlußfrage haben wir schon in unserer Kritikserie über den Gutenbergbund eingehend berichtet. Es war ein einziger Schrei nach Hilfe, und die M. Gladbacher haben daraufhin harte Kapitulationsbedingungen gestellt. Sie sind die folgenden:

Erstens verlangte der Gesamtverband „die Änderung unseres Namens“ und dann die Überführung der in den Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe befindlichen Buchdrucker in den Bund, zweitens verlangte der Gesamtverband eine Reorganisation des Bundes, drittens verlangte der Gesamtverband die Anstellung eines Agitationsbeamten im Rheinland und die Freistellung des Redakteurs, damit diese in der christlichen Geharbeit energischer arbeiten könnten, viertens verlangte der Gesamtverband, daß bei der Wahl des Redakteurs ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften hinzugezogen werden müsse, ebenso bei der Wahl des Agitationsbeamten, und fünftens verlangte Herr Stegerwald, daß „heute noch eine Wahl der Mitglieder des Hauptvorstandes“ vorgenommen werden müsse, „da ich unbedingt heute Abend nach Köln zurückfahren muß“.

Selbstverständlich war der Bund für alle diese Bedingungen zu haben, um zu vermeiden, daß (Hoffäh, Seite 48) die christlichen Gewerkschaften den Bund fallen lassen würden. Dieser spielt sich nur als selbständige Buchdruckerorganisation auf und will demgemäß gleichberechtigt neben dem Verband in den tariflichen Institutionen sitzen!

Soweit der Bund gewillt war, seine organisatorische Selbständigkeit zu opfern, ist das seine Sache, denn uns kann es gleichgültig sein, an wen zeitweilig der Bund sich als Klausstreifer vermiert, aber indem der Bund dem Gesamtverband auch die Vertretung seiner tariflichen Interessen überwiesen hat, muß mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß wir von Dritten Anordnungen und Urträge in der Tarifgemeinschaft nicht entgegennehmen oder als legal anerkennen können. Köhler sagte schon in Halle (Seite 21): „.... Das eine aber kann ich Ihnen vielleicht noch verraten, daß der Vertrag, namentlich der § 4, noch ganz anders, für uns speziell schlechter ausgefallen wäre, wenn nicht die christlichen Gewerkschaftsführer schon einen geheimen Druck auf die ganzen Beratungen dieses Vertrags ausgeübt hätten.“ Vielleicht gibt Herr Stegerwald Auskunft, worin dieser „geheimen Druck“ bestanden hat. Wenn Stegerwald in Halle (Seite 37) auch sagte: „Ich könnte noch manches mitteilen, muß aber damit zurückhalten“, so mag er doch in diesem Punkt einmal sagen, welche tarifliche Mission der Gesamtverband namens des Gutenbergbundes glaubt spielen zu können. Daß der Bund aber in jeder Beziehung aufgehört hat, als selbständige Organisation in der Tariffrage in Betracht zu kommen, beweisen auch die Ausführungen des Herrn Thrinert (Seite 36):

Wir wollen aber auch darüber keinen Zweifel obwalten lassen, daß wir bei einer eventuellen Ablehnung des Tarifamts alle die Mittel anwenden werden, welche uns durch unseren Anschluß an die christlichen Gewerkschaften zu Gebote stehen. ... Sie müssen daher dem Hauptvorstande das Vertrauen schenken, daß er mit dem Vorstande des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften die richtigen Wege finden wird, die uns das Ziel erreichen lassen.

In demselben Sinne erklärte der „christliche“ Redakteur Hoffäh (Seite 38):

Bei der zweiten Bedingung, daß der Hauptvorstand nichts ohne Rücksprache mit dem Vorstande des Gesamtverbandes auf tariflichem Gebiet unternimmt, wird wohl jeder einzelne zu der Überzeugung kommen, daß es absolut nicht anders möglich, da der Vorstand des Gesamtverbandes nach dem Anschlusse ja auch die Verantwortung übernimmt.

Diesem drückte der „diplomatische“ Herr Stegerwald den Stempel auf, indem er (Seite 56) erklärte:

Ich habe darüber schon nachgedacht, ob der Gesamtverband die Eingabe an das Tarifamt mit Unterschriften oder ob der Gutenbergbund allein vorgehen soll. Es schadet ja schließlich nichts, dem Tarifamte zum Bewußtsein zu bringen, daß es nicht nur mit dem Gutenbergbund zu tun hat, sondern die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung hinter demselben steht. Überlassen Sie daher die weiteren Schritte getrost Ihrem Hauptvorstande mit dem Vorstande des Gesamtverbandes.

Deutlicher und drastischer kann nicht nachgewiesen werden, daß auch in tariflicher Beziehung der Gutenbergbund aufgehört hat, als selbständige Organisation zu bestehen. Nach den zweifellosen christlichen Drohungen von Halle weiß man auch, daß der Gesamtverband der Vater der Anträge des Bundes ist. Mit diesem Gesamtverbande hat aber das Tarifamt und der Tarifauschuß nichts zu tun, mögen die Herren in M. Gladbach auch noch so sehr mit dem Säbel rasseln. Es ist für das — ungenierte Auftreten der Christlichen überhaupt bezeichnend, wie sie es ganz in der Ordnung finden, daß Textilarbeiter, Bergleute, Holzarbeiter usw. in unsere Tarifgemeinschaft hineinzureden hätten, während sie Jetermordio scheinen würden, wenn die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands es übernehmen wollte, mit dem Verbaude der Deutschen Buchdrucker zu beraten, welche Urträge dieser beim Tarifamte zu stellen habe. Flugs würde man da unsere Abhängigkeit von der — Sozialdemokratie zurecht konstruiert haben, und doch wäre es nur dasselbe, was jetzt die Christlichen tun. Aber wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe, denken die Christlichen mit dem Minister Schönstedt. Es sollen eben alle Mienen springen, nicht um dem Gutenbergbunde zu seinem angeblichen Rechte zu verhelfen, sondern um den M. Gladbacher Größenwahn zu befriedigen. Das ist der Stein der Weisen. Die Herren mögen sich aber nicht überanstrengen.

Ihr Bemühen, den Verband der Deutschen Buchdrucker zu zertrümmern, wenn er nicht zentrumschriftlich werden will, bleibt erfolglos, und wenn sie es nicht glauben, wird es ihnen die Zukunft lehren. Bis jetzt können die Herren nur auf gescheiterte Hoffnungen zurückblicken. Und was die „Errungenchaft“ mit dem Gutenbergbunde betrifft, so wird man sich in M. Gladbach noch einmal mit Bitternis daran erinnern müssen, was wir in Nr. 113 des „Korr.“ von 1907 schrieben:

Wenn erst der Gesamtverband einmal dahinter gekommen sein wird, daß er sich nie gründlicher getäuscht hat, als in dem Augenblicke, wo er annahm, im Gutenbergbunde werde auch nur ein Minimum von agitatorischer Kraft und ein Funken idealen gewerkschaftlichen Strebens gepflegt, ist es für den Gesamtverband zur Abwendung der unausbleiblichen Blamage zu spät.

Korrespondenzen.

Berlin. Kollege Adolf Carl begehrt am 15. April sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Aus Anlaß desselben veranstalteten die Kollegen von H. S. Hermann am 17. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, eine Feier.

Bremen. (Typographischer Klub.) An beiden Osterfeiertagen findet eine öffentliche Palatausstellung in der Gewerkschule am Neustadtswall statt, wozu auch die Kollegen der umliegenden Orte freundlichst eingeladen werden. Geöffnet ist die Ausstellung an beiden Tagen von morgens 10 bis abends 7 Uhr unentgeltlich. Bei der Eröffnung am ersten Tage findet ein erläuternder Vortrag mit anschließender Führung statt. Die Ausstellung ist sehr umfangreich, lehrreich und von künstlerischer Bedeutung. Unter anderem wird auch der Entwicklungsgang eines Steindruckplattens in 16 Farben veranschaulicht.

Engen (Waden). Am 23. März fand die Generalversammlung unseres Ortsvereins statt. Der Vorsitzende Schüb gab einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Vereinsjahr und der Kassierer Wottling erstattete den Kassenbericht. Als Vorstandsmitglieder wurden die seitherigen wiedergewählt, ein Zeichen, daß sie zur Zufriedenheit des kleinen Vereins gewirkt hatten. Zur Schaffung einer Bibliothek wurde vorerst mit dem Abonnement von Fachzeitchriften begonnen, jedoch soll mit der Zeit auch sonstige Lektüre angeschafft werden. Wir werden uns deshalb hauptsächlich an die näher gelegenen größeren Ortsvereine um Zuwendung überflüssiger Bücher um. Wir wären für Überendung an unsern Bibliothekar Hochwegler sehr dankbar. Im allgemeinen sind wir mit dem verfloßenen Vereinsjahre zufrieden.

Neustadt a. O. In der am 27. März abgehaltenen Monatsversammlung erstattete zunächst der Kartelldelegierte Gebauer seinen Bericht. Bemerkenswert daraus ist, daß hier selbst die katholischen Facharbeiter noch in großer Anzahl vertreten sind. Zu der am 25. April in Logau stattfindenden Bezirksversammlung wurde folgender Antrag auf Statutenänderung angenommen: „Die Wahl des Bezirksvorstehers hat durch Urabstimmung im Bezirke zu erfolgen. Die Aufstellung von geeigneten Kandidaten hat durch die Bezirksversammlung stattzufinden, und zwar müssen mindestens zwei Personen dazu vorgeschlagen werden.“ Die Versammlung konnte es nicht für richtig befinden, daß gerade der Vorort das Privileg darauf haben sollte und erklärte es mehr dem demokratischen Prinzip entsprechend, wenn jeder Kollege im Bezirk in der Lage sei, seine Stimme bei der Wahl des Bezirksvorstehers mit abgeben zu können. — Vor genau einem halben Jahre wurde unter starker Geburtshilfe des Ortsvereins ein „Graphischer Klub“ gegründet. Da der Sprößling äußerlich kräftig und stark erblüht, setzte man die schönsten Hoffnungen auf ihn. Doch bald zeigte es sich, daß ein innerliches Leiden an ihm zehrte. Man wendete zwar alle Mittel an, um ihn am Leben zu erhalten, aber vergeblich. Die „fette Erbschaft“ soll dem Ortsverein anheimfallen. Den Schluß der Versammlung bildete eine interne Angelegenheit.

Ostervied a. S. Der Bezirk Halberstadt hielt am 28. März hierzulande seine erste diesjährige Bezirksversammlung ab, zu welcher Kollegen aus folgenden Druckorten erschienen waren: Ostervied 37, Halberstadt 36, Bernigerode 27 und Oßersleben 3. Als Vertreter vom Gauvorstande war der Kollege Find (Halle a. S.) anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben des Kollegen Herrschaft (Halberstadt) in üblicher Weise. Längere Zeit nahm alsdann der in Anlehnung an den gedruckten Jahresbericht des Gaus An der Saale gegebene Bericht aus dem Bezirk in Anspruch. Zu erwähnen wäre hierbei, daß sich in Bernigerode die Gemüther noch immer nicht beruhigt haben, trotz der vor dem Tarifschiedsgericht Halberstadt stattgehabten Einigungsverhandlungen. Es fehlt eben nicht an Forderungsforderungen gegenüber der Gewerkschaft, welche letztere dies nicht so ohne weiteres einlecken kann. Zu wünschen wäre in diesem Falle, daß auf Prinzipalsseite eine andre Ansicht Platz greifen möge. Nach der am 1. Januar d. J. aufgenommenen Statistik wurden im Bezirke 171 Mitglieder beschäftigt. Anschließend an die Berichterstattung hielt dann Kollege Krue (Halberstadt) einen Vortrag über: „Was erwachsen uns aus der bevorstehenden Befristungseinstellung für Aufgaben?“ Seinen Ausführungen, welche man als zeit-

gemäß bezichnen kann, denn gerade um die Osterzeit erhält ja unter Beruf den größten gewerblichen Nachwuchs, folgte die Verammlung mit Interesse. Eine lebhafteste Aussprache entspann sich über die gestreifte Frage der jetzt gebildeten Jugendorganisationen. Einige Redner traten recht lebhaft für die Unterstufung dieser Neubildungen für unsere Jugendberziehung ein, während man auf der andren Seite eine abwartende Haltung hierzu für angebracht hielt. Von den Verhandlungen wäre dann noch zu erwähnen: Das für dieses Jahr geplante Bezirksjahrestreffen wurde abgelehnt, hierfür aber die Einladung des Ortsvereins Halberstadt zu seinem 25jährigen Stiftungsfest angenommen. Bei Aufstellung der Kandidaten zur Gantagsdelegiertenwahl wurden sämtliche Ortsvereine berücksichtigt, ferner ein Antrag Halberstadt zum Gantag angenommen. Die nächste Bezirksversammlung tagt in Halberstadt. Unter „Beschiedenes“ machte Kollege Fink noch einige instruktive Mitteilungen über die Vornahme von Revisionen. Nachdem der Bezirksleiter nochmals auf die neue Handhabung der Auskunfterstellung hingewiesen, erfolgte Schluß der angeregten verlaufenden Verammlung. — Anschließend an die Verammlung veranstaltete der Ortsverein Osterwiech ein geselliges Beisammensein, unterstützt durch Gefangensvorträge. Da die Kollegen unsers Bezirks nur selten Gelegenheit haben, in kollegialer Weise zusammen zu sein, so wäre zu wünschen, daß man sich am Tage der Bezirksversammlung ganz von andren Verpflichtungen befreit und auch den Bemühungen der gastgebenden Ortsvereine mehr Gegenliebe entgegenbringt.

Saarlois. In einem vor kurzem im „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ und in der „Buchdruckerwoche“ erschienenen Inzerate sieht Herr Buchdruckermeister Jakob Emmerich in Dillingen einen Maschinenmeister zu nur tariflichen Bedingungen, und zwar unter dem Namen „Dillinger Anzeiger“. Der Name Emmerich scheint wohl keine Zugkraft mehr zu besitzen, da genannter Herr schon des öfters an dieser Stelle Erwähnung gefunden hat. Der Wechsel der Kollegen in genannter Druckerei ist ein sehr großer. Seit Bestehen des Ortsvereins, also seit drei Jahren, hat Herr Emmerich 24 Verbandsmitglieder beschickt. Im Durchschnitt kommt also auf jedes Mitglied eine Konditionsdauer von 1 1/2 Monat. Nebenbei waren auch einige Nichtmitglieder und auch ein Gutenbergschüler dort beschäftigt. Am meisten Glück hat Herr Emmerich mit Seegerinnen gehabt, da dieselben jahrelang zu einem wahren Hungerlohn ausharren. Die Hauptursachen des großen Wechsels sind die „humane“ Behandlung und die tariflichen Mißstände. Noch vor kurzem weigerte sich Herr E., die 5 Proz. Lokalzuschlag zu bezahlen. Als ihm seitens der Gehilfen die Verdrückung dieser Forderung nachgewiesen wurde, gab er zur Antwort, daß der gedruckte Tarif für ihn nicht maßgebend sei, er wolle sich dieserhalb beim Tarifamt erkundigen! Auch die Bezahlung der Überstunden zeitigt stets Auseinandersetzungen. Da die Auszahlung des Lohns erst nach Geschäftsschluß erfolgt, ist es sehr oft der Fall, daß der letzte erhalt mit einer Verspätung von einer Stunde sein Geld erhält, für die er nach der Ansicht des Herrn E. keinen Anspruch auf Bezahlung erheben darf. Für die Veseitigung dieser Mißstände ist alles geschehen. Der Bezirks- resp. der Ortsvorstand sind sogar schon wiederholt persönlich vorstellig geworden. Herr E. will aber trotzdem nichts von tariflichen Bestimmungen wissen, verlangt jedoch von seinem Personale Leistungen weit über Tarif. Wenn die Gehilfen dann energisch auf ihren Forderungen bestehen, folgt gewöhnlich die Kündigung. Ein Urteil des Tarifschiedsgerichts; durch das E. zur Zahlung von 68 Mk. verurteilt wurde, hat er einfach ignoriert, weshalb die Streikung aus dem Verzeichnis der tarifstreuen Druckereien wohl bald erfolgen dürfte.

Rundschau.

Der Gehilfenprüfung für die Kreise Jaud-Bezirk und Westhaveland in Brandenburg a. S. haben unterzogen sich neun Seher und zwei Drucker. Davon haben vier Seher und ein Drucker die Prüfung mit der Note „Gut“ bestanden, vier Seher und ein Drucker erhielten das Prädikat „Genügend“. Ein Seher, welchem der bekannte Lehrlingskandidat und Tarifignorant A. Paul in Niemege das Zeugnis als Schweizerdegen in schwungvoller Weise ausgestellt hatte, mußte wegen seiner unter aller Kritik ausgeführten Sachvorlagen abgewiesen werden, um nach Ablauf seiner Lehrzeit (Pflanztag) sich einer Prüfung als Drucker zu unterziehen. Beim letztern Fall erklärte der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Buchdruckermeister Wd. Altermann, daß eine Prüfung als Schweizerdegen nur dann zulässig sei, wenn der Betreffende drei Jahre als Seher und drei Jahre als Drucker gelernt habe. Im übrigen ist noch besonders zu erwähnen, daß ein gewisses Mittel den Prüfungsausschuss beim Anblicke der von drei Gehilfen der Paulschen Druckerei gezeigten Sacharbeiten überkam. Es ist aber auch kein Wunder, denn bei vier Gehilfen, von denen drei bei Paul gelernt haben, wurden zuletzt sieben Lehrlinge beschäftigt und „ausgebildet“. Überdies werden bei der Firma A. Paul in Niemege hauptsächlich Maschinenanlagen von Villetts hergestellt, die ausschließlich von den Lehrlingen gesetzt und gebraucht werden müssen. Es wäre deshalb höchste Zeit, diesem Herrn das Anlernen von Lehrlingen für die Zukunft zu unterlagen, da unter diesen Umständen von einer wirklichen Ausbildung der Lehrlinge keine Rede sein kann. Mangel an genügender Anleitung bewiesen noch die Arbeiten der Prüflinge aus

Bezirk und Rathenow. — Ein weiteres betrübendes Bild von Lehrlingsausbildung ergab die Gehilfenprüfung in Saarbücken. Der zu prüfende „Seher“ sollte Zeugnis darüber ablegen, was für Kenntnisse er sich in dreieinhalb Jahren seiner Lehrzeit in der tariffreien Druckerei Fritz Rasche in Wiebelskirchen erworben hatte. Das Resultat war ein geradezu klägliches. Auch nicht die elementarsten Kenntnisse hatte der junge Mann von dem Berufe, so daß der Prüfungsvorsitzende ihm sagen mußte, daß er noch nicht soviel könne, wie ein Lehrling nach dem ersten Vierteljahre kennen müßte. Sowohl im Praktischen wie Theoretischen ergab die Prüfung ein vollständig negatives Resultat, weshalb der Prüfling zurückgewiesen wurde mit der Weisung, sich im nächsten Jahre wieder zu melden. Es ist so recht bezeichnend, daß es gerade immer Lehrlinge aus tariffreien Druckereien sind, deren Ausbildung eine so überaus traurige zu nennen ist.

Ein Schriftsegergefelle als „Improvisator“ und „Wunderdoktor“, das ist das neueste Bild, welches wir dem Album „berühmtester“ Männer einverleiben müssen. Hermann Schneiderei heißt der Mann, Schriftseger von Beruf, aber im übrigen ein total verkommenes Genie, der den verlockenden Spuren des Hauptmanns von Köpenick folgend, den Schauplatz seiner Tätigkeit ebenfalls in diese „schmergeprüfte“ Stadt verlegte und zwar als „Professor der Medizin“. Eines Tags tauchte er also daselbst auf, gab an, er sei Professor einer englischen Universität und früher Schüler von Virchow gewesen. In sehr geschickter Weise verstand er es, sich mit dem Nimbus eines Wunderdoktors zu umgeben, der berufen sei, der leidenden Einwohnerschaft von Köpenick, insbesondere aber der Frauenwelt, gegen geringes Honorar Heilung zu verschaffen. Sogar ein öffentlicher Vortrag des „Herrn Professors aus England“ fand statt, bei dem er sich hauptsächlich mit dem Thema „Frauenleiden“ beschäftigte. Am Schluß seines Vortrags, der den blühendsten Ansinn enthalten haben soll, richtete der Herr Professor einen Fragelaufen ein. Durch das überaus sichere Auftreten ließ sich die Zuhörerschaft auch verblüffen und mehrere der anwesenden Ehreänner schickten ahnungslos ihre Frauen zu dem Professor in Behandlung. Der Wunderdoktor spielte auch in diesen Fällen seine Rolle sehr gut, ohne besonderen Argwohn zu erregen. Auch vergaß er dabei nicht, standesgemäß Honorare für jede dieser Untersuchungen von 6 bis 10 Mk. einzuziehen. Aber die Rezepte, die er verrieb, wurden zum Verderb, da sie lediglich starke Brechmittel darstellten. Nun wendete sich das Blättchen, der Medizinnmann wurde verhaftet und die dritte Strafammer des Landgerichts II in Berlin brannte ihm zehn Monate Gefängnis auf.

Gewerkschaftszentralisation. Die Verschmelzung des Handschuhmacherverbandes mit dem Verbands der Lederarbeiter ist in einer Vertreterkonferenz beider Organisationsleitungen einstimmig beschloffen worden. Nach vierjährigem Bestehen löst sich nun der Handschuhmacherverband am 1. Juli d. J. auf, seine Mitglieder treten alle unter Gewährung ihrer durch die Beitragsleistung erworbenen Rechte in den Lederarbeiterverband über.

Die Vereinigung der drei polnischen Berufsverbände ist mit der am 28. März erfolgten Zustimmung des Oberschlesischen Vereins zur gegenseitigen Hilfe zu einer gemeinsamen Organisation perfekt geworden.

Die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse in Neuwied fanden am 28. März zum erstenmal unter ganz besonderen Kompromißverhältnissen statt. Es wurden bisher die Vertreter von etwa 7000 Kassenmitgliedern wegen mangelnder Wahlbeteiligung vom Vorstande der Kasse ernannt. Um eine Besserung zu erzielen, wurde zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen ein Kompromiß abgeschlossen, so daß die freien, christlichen, kirchlich-wunderschen Gewerkschaften, katholischen Arbeitervereine westdeutscher Richtung und einige unabhängige katholische Arbeitervereine eine gemeinsame Liste aufstellten. Bei der jetzigen Wahl entfielen von 1525 abgegebenen Stimmen 955 auf die Kompromißliste und 462 auf eine Liste der nichtorganisierten unparteiischen Arbeiter. Bemerkenswert ist noch, daß die Vertreter der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung ein Zusammengehen mit den „Sozialdemokraten“ ablehnten. Unter den Gewählten befinden sich elf Kollegen.

Der Neunkunzentag auf den badischen Staatsbahnen ist für das im Instandhaltungsdienst und bei Neuanlagen beschäftigte Personal eingeführt worden.

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände umfaßt Ende 1908 nach dem letzten Geschäftsberichte 47 Verbände mit 435 Unterverbänden und 1450000 Arbeitern.

Wegen Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen wurden nach der amtlichen Statistik im Jahre 1908 insgesamt 21291 Personen bestraft. Davon 62 mit Verweis, 21181 mit Geldstrafe, 20 mit Haft und 28 mit Gefängnis. Am häufigsten wurde gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe gefeßt, und zwar in 9698 Fällen. Dann folgen Vergehen gegen den Kinderschutz in einer Höhe von 3296 Fällen.

Eine Lohnzahlung ist nur dann rechtswirksam, wenn der Zahlungsempfänger das angeforderte Verfügungsgrecht über das gezahlte Geld erlangt hat. So entschied das Berliner Gewerbegericht in folgendem Fall: Ein Former wurde nach seiner Entlassung zur Empfangnahme seines Lohns zu einem bestimmten Termine nach dem Kontore bestellt. Als in seinem Auf-

trage seine Schwester dort erschien, fand sich auch der Portier der Fabrik mit einer Gastwirtin ein, die von dem Former noch die Begleichung einer alten Schuld zu fordern hatte. Als nun der Kassierer den Lohn auf den Tisch gezählt hatte, traten der Portier und die Wirtin dazwischen und nahmen das Geld an sich. Darauf forderte der Arbeiter seinen Lohn auf dem Klagewege nochmals und der betreffende Unternehmer hat ihn auch bar bezahlt. Nun klagte der Former auch auf Ersatz der Kosten des ersten Klageverfahrens. Diejem Antrage stimmte nun das Gewerbegericht bei und führte aus, daß jene erste Auszahlung des Gelds nicht als Lohnzahlung an den Arbeiter gelten könne, weil er nicht in den Besitz desselben gelangt sei. Deshalb war der Beklagte zur nochmaligen Zahlung verpflichtet und aus diesem Grunde müsse er auch für die Kosten des Rechtsstreits aufkommen.

Lohnämter für die Hausindustrie in England. Der englische Handelsminister brachte im Unterhaus einen Gesetzentwurf ein, welcher die Schaffung von Lohnämtern für die Konfektionsindustrie, die Kartonnagenindustrie, die Maschinenspinnindustrie, Regelmäpfer und Plusenkonfektion bezweckt. Die Lohnämter sind berechtigt, einen Minimallohn festzusetzen und auch dessen Innehaltung zu erzwingen; sie sollen ferner Zentralfinstanzen für Information und Organisation der betreffenden Gewerbe sein. Außerdem sollen sie die Interessen der Arbeiter vertreten und die Lage des Industriezweigs, für den sie eingesetzt sind, verbessern. Die Zusammensetzung der Ämter ist als eine paritätische vorgegeben. Die „guten Firmen“, welche sich freiwillig den Anordnungen der Lohnämter fügen, werden auf eine weiße Liste gesetzt, die auch dem Publikum zugänglich gemacht wird. Staatliche und städtische Behörden sind verpflichtet, ihre Aufträge nur an Firmen zu vergeben, die auf der „weißen Liste“ stehen. Beim Publikum hofft man auf freiwillige „Konsumentenmoral“. Sollten diese Maßregeln noch nicht genügen, um die Wirksamkeit der Lohnämter zu stützen, so kann das Handelsministerium den festgesetzten Lohnsätzen Gesetzeskraft geben, damit sie zwingendes Recht werden und jeder sich strafbar macht, der dagegen verstößt. Das Unterhaus steht in seiner großen Mehrheit, und zwar ohne Unterschied der Parteien, dem Gesetzentwurf wohlwollend gegenüber. Es haben sogar Vertreter der Konservativen, Liberalen und Arbeiterpartei einen weitergehenden Gesetzentwurf eingebracht, der aber keineswegs von der Regierung bekämpft, sondern als eine parlamentarische Taktik begrüßt wurde, die zwei Wege zum Ziele der Diskussion und Beschlußfassung freiläßt. So stehen die Ämter zurzeit in England!

Der Deutsche Reichstag ist mit Ende voriger Woche in die Osterferien eingetreten und dessen Zusammentritt wird erst am 20. April wieder erfolgen. Über die erledigten Arbeiten im letzten Sessionsabschnitte wäre für uns folgendes zu registrieren: Der erste Teil der Gewerbeordnungsmodelle, der die Frauenarbeit in den der Gewerbeordnung unterworfenen Betrieben regelt, ferner das Weingefeh, die Novelle zum Doppelbesteuerungsgefese, das Gefese über die Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern, das Gefese über die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, die Novelle zum Wechselstempelsteuergefese, das Gefese über die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh sowie das Gefese über die Kraftfahrzeuge und das Abereinkommen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn über den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz. Bei der Reichsfinanzreform hat das Reichsparlament vollkommen versagt. Was aus den übrigen größeren Gesesesmaterien werden wird, mit denen sich das Parlament nach Ostern und in der nächsten Herbsttagung beschäftigen muß, wie Arbeitskammergefese, Reichsversicherungsvorordnung, Strafprozessordnung und Strafgesesnovelle, bleibt abzuwarten.

Zur Arbeitslosenversicherung. Im bayrischen Ministerium des Innern fand Ende März eine von der Regierung einberufene Konferenz von Vertretern bayrischer Städte, der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände statt, die sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung befaßte. Es wurde ein Beschluß gefaßt, nach dem die Regierung ersucht wird, ein Musterstatut für kommunale Arbeitslosenversicherung ausarbeiten zu lassen. Ein Vertreter der Industriellen erklärte, er müsse entschieden vor allen Maßnahmen warnen, die geeignet seien, die Sozialdemokratie zu stärken und eine solche gefährliche Maßnahme erblicke er auch in der Einführung einer staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenversicherung.

Mietkäuern in Sachsen. Mit dem 1. April trat in Sachsen ein neues Stempelsteuergefese in Kraft, nach welchem in der Hauptsache Urkunden aller Art besteuert werden, wenn sie Werte von über 150 Mk. betreffen. Hierunter fallen auch die Miet- und Pachtverträge, jedoch besagt eine spezielle Bestimmung des Gefeses darüber folgendes: Miet- und Pachtverträge bis 400 Mk. sind stempelfrei. Im übrigen beträgt die Stempelabgabe zwei Zehntel vom Hundert.

Das Vermögen der deutschen Invalidenversicherungsanstalten betrug am Ende des Jahres 1907 die beträchtliche Summe von einer Milliarde und vierhundertunddreißig Millionen Mark. Hiervon waren angelegt 436 Millionen in Darlehen an Gemeinden und Kommunalverbände, 388 Millionen in kommunalen Schuldverschreibungen und Pfandbriefen, 141 Millionen in Staatspapieren und 36 Millionen in Reichsanleihen. Eigne Grundstücke waren im Werte von etwa 68 Millionen Mark vorhanden. Ende vorigen Jahres belief sich die Summe, welche von den Versicherungsanstalten für ge-

meinnützige Zwecke hingegeben wurden, auf 729 Millionen Mark. Davon kamen für den Bau von Krankenhäusern und Gefängnishäusern, Volkshäusern, Volkshäusern und ähnliche Einrichtungen 340 Millionen in Betracht, für Arbeiterwohnungen, Ledigenheime und Gefellenhäuser wurden 239 Millionen verausgabt und für landwirtschaftliche Kredite wurden 96 Millionen aufgewendet. Das gesamte Vermögen betrug im Jahre 1900 erst 853 Millionen und steigerte sich in den folgenden sieben Jahren um 560 Millionen Mark.

Soziale Kommunalpolitik. Nach Mitteilungen der Zentralstelle des deutschen Städtetags bestehen zurzeit in 16 Städten des Deutschen Reichs sogenannte Soziale Kommissionen. Ihre Aufgaben und ihre Zusammenfassung sind sehr verschieden geordnet. In Köln, wo ein solcher sozialer Ausschuss seit dem Jahre 1890 besteht, hat derselbe hauptsächlich die Regelung der Fürsorge für die städtischen Arbeiter sowie eine Reihe Aufgaben allgemein sozialpolitischer Natur zu erledigen. In Krefeld hat die Soziale Kommission auch die Frage der Arbeitslosenbeschäftigung, die Vermittlung bei Streiks sowie Vorbereitung von Vorlagen aller Art für die Gebung mündelbarer Kreise als ihre Aufgabe zu betrachten. Die Dresdener Soziale Kommission hat die Ein- und Durchführung der Wohnungsordnung, die Milderung der Fleischsteuer, Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises und die Befämpfung der Tuberkulose in ihr Programm aufgenommen. In Essen will eine gleiche Kommission ähnliche Einrichtungen fördern, besonders aber die Errichtung eines Wäschereinenanfalls, den Betrieb von Wärmehallen, einer Rechtsauskunftsstelle, ferner die Beihilfenvermittlung, die Ansammlung eines Unterstützungsfonds und die Errichtung eines Seefischmarkts als Grundlauge zur Beschaffung billigerer Lebensmittel. In Gießen verfolgt die Sozialpolitische Kommission u. a. die Durchführung des Wohnungsnachweises sowie eine städtische Lebens- und Rentenversicherung. Die Kommission in Hildesheim regelt die Arbeiterfürsorge bei Bauten und diejenige in Karlsruhe auch das Submissionswesen. Der Tätigkeitsbereich der Kommission in München ist ein sehr umfangreicher. Er umfaßt Anträge und Gutachten auf dem Gebiete sozialer Wohlfahrtspflege ohne selbständige Verwaltungstätigkeit; auch sollen ihr alle die Verhältnisse der städtischen Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten sowie die Verwaltungstätigkeit der bisherigen besonderen Ausschüsse für das Selbstamt, Gewerbegericht und Statistisches Amt zur selbständigen Behandlung überwiesen werden.

Vergarbeiterstreik. Trotz dem die Braunschweigischen Kohlenwerke ihren Aktionären 14 Proz. Dividende für das letzte Geschäftsjahr auszahlen konnten, kürzten sie ihren Grubenarbeitern im Anfange d. J. den Lohn um 10 Proz. Nun verlangten im vorigen Monate die Arbeiter wieder Zahlung des alten Lohns, wurden aber von der Verwaltung rundweg abgewiesen. Darauf legten über 300 Arbeiter der Grube „Treue“ bei Schöningen und die der Grube „Trendelbush“ die Arbeit nieder. Vernünftigerweise gehen in diesem Falle die christlichen Vergarbeiter und die vom alten Verbands gemeinschaftlich vor.

Briefkasten.
M. M. in Uttenburg: Senden Sie, bitte, zur Prüfung ein. — F. P. in Wiesbaden: Na, na! Wir pflegen doch die Sonne unsern Huld über Gerechte und Ungerechte scheinen zu lassen. Warum sollten wir denn gerade auf die „Streikonzerte“ für die Wiesbadener zu verweisen sein? Was allgemein interessiert, wird aufgenommen, ob es

nun Berlin oder Müggeln betrifft. Über in diesem Kardinalpunkte die Schriftführer und die Redaktion einer Meinung werden zu lassen, scheint noch etwas schwieriger zu sein als die schwierigsten Fernfahrten mit dem Reikbaren. — M. in Kassel: Die Schaaß betreffende Einsetzung ist wohl nur verfehentlich von dem Herrn Schriftführer nicht unterzeichnet worden. Wir wollen aber von der Aufnahme absehen und erst das Resultat der Verhandlungen abwarten, um dessen schnelle Übermittlung wir ersuchen. — U. G. in Saarbrücken: Sanfte Ihnen vor etwa 14 Tagen eine Anfrage (Karte), ist sie nicht angekommen? Fr. — U. G. in Fulda: Aus eigener Erfahrung usw. unbekannt. — J. R. in Wiesbaden: 1,65 Mark. — R. J. in Braunschweig: 2,15 Mt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprachat 71, 11191.

Bekanntmachung.

Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß in Baufanne (romantische Schweiz) ein Maschinenfabrikstreik ausbrechen droht, da die Prinzipale sich weigern, einen neuen Segmaschinenfabrik tarif abzuschließen. Maschinen- wie Handseger wollen daher Konditionsangebote von Lausanne ablehnen, gleichzeitig aber auch dem dortigen Funktionär, Herrn M. Corbaz, Lausanne, Rue du Tunnel 1, von beratigen Angeboten Mitteilung machen.

Berlin. **Der Vorstandsvorstand.**

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einlegung der Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im I. Quartale 1909: 13. April, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können. Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, sind trotzdem die Karten mit Angabe der Mitgliederzahl einzusenden, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.

Berlin. **Der Vorstandsvorstand.**

Bekanntmachung.

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß bei Konditionsangeboten innerhalb Deutschlands unter allen Umständen vor der Annahme eines Engagements Gründigungen über die tariflichen Verhältnisse der betreffenden Firma bei dem Gauvorsitzer eingezogen werden müssen, und zwar auch dann, wenn die Firma noch im Tarifverzeichnis steht oder sonst als tariflos bekannt ist. Mitglieder, welche diese statutarisch vorgeschriebene vorherige Anfrage unterlassen, werden auf die Dauer von 13 Wochen außer Bezug jeder Verbandsunterstützung gesetzt; ebenso erhalten solche Mitglieder im Falle eines Umzugs keine Umzugsbeihilfe.

Die in Nr. 38 erschienene Bekanntmachung wird hierdurch, soweit Deutschland in Betracht kommt, annulliert, da es sich bei dieser um nicht mehr in Geltung befindliche Bestimmungen handelt, die nur verfehentlich Aufnahme fanden. Es trat für Nr. 38 in letzter Minute ein Ausfall an Text ein, wodurch es kam, daß jene alte, im Satze noch stehende Bekanntmachung als Ersatz Verwendung fand.

Berlin. **Der Vorstandsvorstand.**

Bayern. (Gautag Ostern 1909.) Den Herren Delegierten zur gefl. Kenntnisnahme, daß Quartier wieder im „Hotel Dreßler“, Sonnenstraße, belegt ist. Eventuelle Wünsche bezüglich des Quartiers sowie die Zeit der Ankunft in München sind dem Gauvorsitzenden mitzuteilen. Die Verhandlungen des Gautags beginnen Osterfesttag, vormittags 9 1/2 Uhr, und werden spätestens am Ostermontag abends beendet. Sitzungsort: Restaurant „Alte Schießstätte“, Theresienhöhe 4 I. Die Herren Delegierten erhalten hier die Jahresberichte des Gauvorsitzenden pro 1907 und 1908, das Baureglement, die Tagesordnung und die notwendigen Schreibmaterialien. Die Verhandlungen des Gautags sind für Mitglieder öffentlich.

Erzgebirge-Bogland. Der Seher Ernst Friese aus Schönbeck (Hauptbuchnummer 85276), zuletzt in Weinböhla, ohne Buch und mit Rest von Grüna abgereift, sowie der Seher Erich Wiemann aus Magdeburg (Hauptbuchnummer 83211), zuletzt in Vorna bei Leipzig, ohne Buch, mit Rest, Vorfuß und sonstigen Verpflichtungen plötzlich abgereift, werden hiermit ersucht, binnen acht Tagen ihren Verpflichtungen nachzukommen, sonst erfolgt Ausschluß.

Adressenänderungen.

Neubabelsberg. Vorsitzender: Paul Richthofen, Nowawes, Karlstraße 26; Kassierer: Felix Klug, Nowawes, Goethestraße 32.
Stettin. (Maschinenmeister.) Vorsitzender: Otto Gehring, Köpferparkstraße 7 III; Kassierer: Theob. Mohr, Galtwiese 35.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Rön in die Seher 1. Joh. Font, geb. in Erier 1857, ausgl. in Wittich 1875; 2. Mar. Brieger, geb. in Frandorf 1888, ausgl. in Brühl 1906; 3. Heinrich Decker, geb. in Rön 1891, ausgl. das. 1909; die Drucker 4. Otto Müller, geb. in Wermelskirchen 1890, ausgl. in Rön 1909; 5. Ernst Wille, geb. in Magdeburg 1891, ausgl. das. 1909; 6. Matthias Weinreis, geb. in Düren 1891, ausgl. in Rön 1909; waren noch nicht Mitglieder; 7. der Seher Karl Diepenbrück, geb. in Duisburg 1882, ausgl. in Rön 1900; 8. der Drucker Matthias Wülfel, geb. in Rön 1890, ausgl. das. 1908; waren schon Mitglieder. — In Mühlheim a. Rh. der Seher Max Widel, geb. in Mühlheim 1884, ausgl. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — Fr. Wüller in Rön, Severinstraße 199.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Den Herren Reisekassenverwaltern wie den reisenden Kollegen hiermit zur Kenntnisnahme, daß der beigelegte Verband jetzt wieder Reiseunterstützung an gegenseitige Mitglieder zahlt.

Veranstaltungskalender.

Bromberg. Frühjahrsbezirksversammlung Sonntag, den 2. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr, in Cöhenatal, Hotel „International“, Nikolaistraße 15. Anträge bis 18. April an den Bezirksvorsitzenden.
Bayern. Versammlung Sonnabend, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Hammoniahotel“ (Café), Holzstump.
Wittweida. Versammlung heute Donnerstag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale.
Waldenburg (Schl.). Versammlung Sonnabend, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Gorkauer Bierhalle“.

Tüchtiger Schriftgießer

für Berliner Maschinen gesucht. Dauernde Stellung sicher. Schriftgießerei D. Stempel N.-G., Frankfurt a. M.

Heimscher Kalender

sechsmalig, in gutem Zustande, billig zu verk. Metzger & Wittig, Leipzig, Hohe Str. 1. 1901.

Schweizerdegen

gleich tüchtig in Satz und Druck, gesucht Herren in gelehrtem Alter, die an laubres Arbeiten gewöhnt sind und einen kleinen Betrieb vorzuziehen vermögen, finden angenehme, dauernde Stellung. Werte Offerten mit Lebensbeschreibung, eigener Satz- und Druckproben erb. an die Buchdr. Jos. Kitzler, Wiesbaden.

Rundstereotypen

erste Kraft findet bei ungarischen Tagelöhner Arbeitsstellung. Derselbe muß bei persönlicher Mitarbeit die Leitung des Stereotypen-Nachbetriebs und die Verantwortung des aus fünf Personen bestehenden Personals unter eigener Verantwortung übernehmen. Arbeitsmittel: Schneemaschinen mit Lampe u. Schneemaschinensysteme, und muß Bewerber auf letzteren bereits gearbeitet haben. Werte Offerten mit Angabe von Referenzen nebst Gehaltsansprüchen und des bisherigen Gehalts werden erbeten an die Buchdrucker der gebildeten Légrady in Budapest (Ungarn). 1512

Tüchtiger Kompletzgießer

wird von Leipziger Gießerei für dauernde Beschäftigung gesucht. Werte Angebote von präzisen Gießern erbeten an die Schriftgießerei E. J. Hüth, Leipzig, O. Grenzstraße 7. 1588

Galvanoplastiker

der im Prägen und Abdecken gut bewandert ist. C. G. Weber, Schriftgießerei, Stuttgart.

Tüchtiger Akzidenzsetzer

zu werden, ist der Wunsch vieler junger Schriftsetzer. Dieses Ziel ohne große Kosten zu erreichen, dazu bietet das Werk: „Die Lehre vom Akzidenzsetz“ von Bauer-Waldow beste Gelegenheit. 24 erstklassige ein- und mehrfarbige Beilagen sind dem instruktiv geschriebenen Texte nebst vielen Satzbeispielen beigegeben. Preis, in Ganzleinen elegant gebunden, 10 Mk. 522 | Julius Mäser, Verlag, Leipzig-R.

Freiburg.

Im zweiten Pferdesextage, vom mittl. 10 1/2 Uhr, Frühshoppen, im Vereinslokale „Stadt Dresden“. 1587

Am 3. April wurde unser langjähriges, treues Mitglied, der Setzer
Willi Heinrich
im Alter von 31 Jahren von seinem langen Leiden durch den Tod erlöst.
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Der Bezirksverein Braunschweig, 1589

Chemnitz.

Sonnabend, den 17. April, am Vorabend des Gautags, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokale „Thaliahaus“, Sonnenstraße, eine Feier des 25jährigen Verbandsjubiläums von vier Kollegen und Einführung der Neuausgewählten in den Verband statt, zu der alle Kollegen nebst Damen freundlichst eingeladen werden. — Auswärtige Kollegen, besonders Gautagsdelegierte, die bereits an dieser Feier teilnehmen wollen, werden gebeten, dies dem Kollegen C. Meyer, Limbacher Straße 28 I, bis zum 12. April zu melden, damit event. Freiquartiere beschafft werden können. Auch werden alle Kollegen zur Teilnahme an den Gautagsvorhandlungen am 18. April, vormittags 10 Uhr, freundlichst eingeladen. 1586

Am 3. April verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer
Emil Stierle
aus Heilbrunn, im Alter von 96 Jahren. Durch seinen helden Charakter und sein liberaleres Wesen hat er sich die Achtung seiner Kollegen erworben, und wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren
Zossen, den 6. April 1909 1580
Der Bezirksverein Zossen.

Adressen für Zusendungen
an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“
für Artikel und allgemeine redaktionelle Angelegenheiten: Ludwig Reyhäuser;
„Korrespondenz, Ausland und Gewerkschaftliches“:
Willi Kraft;
„Rundschau“: Charles Schäffer;
Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Wölfling;
ämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Köhlgartenstrasse 13
liefert franco

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen.
Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Reisehandbuch für die organisierten Buchdrucker.
Mit einer Karte von Deutschland. Neu bearbeitet von Konr. Fischer. Preis 1,50 Mt. Tabellen zur Sachberechnung von Karl Windischel. Diese seit Jahren bestehende Erleichterung des Berechnungsmodus ist jetzt in anderer Weise noch verbessert worden, der Preis ist nämlich von 2 Mt. auf 1,50 Mt. herabgesetzt worden. Einer weiteren Einführung der praktischen Sachberechnungstabellen ist damit jedenfalls im hohen Maße Rechnung getragen.
Geschichte der Sechsmaschine und ihre Entwicklung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Hermann. Mit vielen Illustr. 1,80 Mt. (Die Systeme sämtlicher existierender Sechsmaschinen und deren Technik.)
Der Satz des Girdelichs, von F. Walter. 1 Mt. 2. Heft. 1 Mt.
Der Faktor. Die Buchführung für Faktoren. Geb. 4 Mt.